



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Oberlehrer Haut sah mit einem sonderbaren Ausdruck vor sich hin und winkte abwehrend mit der einen Hand.

Unfinn! Unfinn! sagte er. Und Evend Bugge schwieg verwundert, als Fräulein Benny ihn plötzlich kopfschüttelnd mit einem strengen Blick ansah. Dann gab sie der Unterhaltung eine andre Wendung.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 6. September 1908

(Die Straßburger Kaiserrede. Die deutsche Marokkonote. Zur Reichsfinanzreform. Der Zwist in der sozialdemokratischen Partei. Die Deutsche Tageszeitung und die Blockpolitik.)

Bei Beginn der jetzt vergangenen Woche erfuhr die Welt eine bedeutsame Friedenskundgebung des Kaisers. Es wurde der Wortlaut der Rede veröffentlicht, die er am 30. August, also gerade vor acht Tagen, bei dem Festmahl in Straßburg am Tage nach der Parade über das XV. Armeekorps gehalten hatte. Ernster und nachdrücklicher konnte kein Staatsoberhaupt nicht nur seinen Wunsch nach Frieden, sondern auch seine innerste Überzeugung, daß der europäische Friede nicht gefährdet ist, aussprechen. Der Kaiser begründete diese Überzeugung in einer Steigerung, die wohl beachtet sein will. Er sieht eine Friedensbürgschaft in dem Gewissen der Fürsten und Staatsmänner Europas. Nun wird man freilich sagen müssen, daß dieses Gewissen das Gedeihen des Ganzen im Auge behalten muß und deshalb niemals ausgeschlossen ist, daß das Interesse der Gesamtheit auf einem Wege gewahrt werden muß, der den einzelnen schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt. Auch Kaiser Wilhelm der Erste hatte das starke Verantwortungsgefühl vor Gott, das wohl als eine sichere Friedensbürgschaft gelten konnte, und mußte doch dreimal den Entschluß zum Kriege fassen. Wenn aber heute der Deutsche Kaiser angesichts einer konkreten politischen Lage mit solcher Zuversicht an das Gewissen seiner Mitfürsten appellieren kann, dann ist das mehr als eine vage Hoffnung oder ein naives Zutrauen. Es ist darin ausgesprochen, daß die Lage nichts enthält, was das Risiko einer Friedensstörung rechtfertigen könnte. Immerhin ist dies die schwächste Grundlage der Friedenszuversicht. Ein stärkerer Grund ist schon das Bedürfnis der Völker selbst nach ruhiger Entwicklung und friedlichem Wettbewerb. Aber das wichtigste ist die dritte Stufe dieser Steigerung: unsre Wehrmacht zu Wasser und zu Lande ist die beste Friedensbürgschaft. Wenn wir so stark sind, daß jede fremde Macht und selbst verbündete Mächte sich scheuen, uns anzugreifen, so haben wir sicher und dauernd Frieden. Und mit diesem Hinweis war zugleich Gelegenheit gegeben für die allein richtige Antwort auf alle Vorschläge, die auf die vertragsmäßige Beschränkung unsrer Wehrmacht zugunsten einer fremden Macht abzielen: „Stolz auf die unvergleichliche Mannszucht und Ehrliche seiner Wehrmacht ist Deutschland entschlossen, sie ohne Bedrohung anderer auch ferner auf der Höhe zu erhalten und so auszubauen, wie es die eignen Interessen erfordern, niemand zuleide, niemand zuleide.“

Im Ausland ließ man dieser kraftvollen Friedenskundgebung im allgemeinen Gerechtigkeit widerfahren. Ein etwas mißmutiges Echo gab es in einigen englischen Blättern, denen es wider den Strich geht, zuzugeben, daß eine starke

Wehrmacht unter den Verhältnissen, wie sie in Deutschland besteht, nicht eine Bedrohung, sondern einen Schutz des Friedens bedeutet. Jetzt kam nun noch die besondere Enttäuschung hinzu, daß die Abrüstungs Idee auch in der Form einer besondern deutsch-englischen Verständigung bei uns keine Gegenliebe gefunden hatte. Man hätte sich aber sagen müssen, daß die Idee einer allgemeinen internationalen Rüstungsbeschränkung, die im vorigen Jahre im Haag erörtert und nicht angenommen wurde, immer noch praktisch brauchbar und leichter ausführbar war als eine Abmachung dieser Art zwischen Deutschland und England allein.

Unmittelbar nach der Straßburger Kaiserrede schien es einen Augenblick, als ob sich nun doch wegen der Marokkofrage der politische Himmel wieder bewölken wollte. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wurde bekannt gegeben, daß Deutschland eine Note an die Signatarmächte der Algecirasakte gerichtet habe, worin eine möglichst baldige Anerkennung von Mulei Hafid angeregt wurde. Dieser bedeutsame Schritt hat in der Presse unsrer nationalen Parteien entschiedne Billigung, zum Teil sogar begeisterte Zustimmung gefunden, natürlich auch hier und da bedenkliche Kritik und scharfen Tadel — dies, wie bei uns üblich, auch in Blättern, die vorher die passive Haltung der Regierung nicht genug tadeln konnten. Ganz aus dem Häuschen aber war der größere Teil der Pariser Presse, die sich an der empfindlichsten Stelle berührt fühlte. Man hat wohl gehofft, die unangenehme Lage, in die man sich durch eine unvorsichtige und zweideutige Politik gebracht hatte, einigermaßen dadurch auszugleichen, daß man die Sache hinzögerte, dadurch Zeit gewann und vielleicht auch Mulei Hafid dahin brachte, zunächst mit Frankreich allein zu verhandeln, Zugeständnisse zu machen und mindestens Frankreich als den Mandatar Europas in der Marokkofrage gelten zu lassen. In allen diesen Hoffnungen sah man sich durch die deutsche Note zunächst getäuscht, und so schäumte denn der Unwille und Ärger über das Vorgehen Deutschlands so stark auf, daß man gar nicht zu bedenken schien, wie sehr man sich dadurch verriet. Die englische Presse, die ja nun einmal die Verpflichtung übernommen hat, in der Marokkofrage durchaus der Meinung Frankreichs zu sein, sekundierte den Franzosen nach Kräften. Auch anderwärts hatte sich die Presse in eine ganz merkwürdige Auffassung von dem Sinn und Zweck der deutschen Note hineingedacht. Man glaubte, Deutschland wolle dadurch aus eigener Initiative für sich eine Entscheidung treffen, die nach der Algecirasakte sämtlichen Signatarmächten gemeinschaftlich vorbehalten bleiben mußte.

Das ist natürlich der Sinn der deutschen Note durchaus nicht. Formell ist sie keineswegs die Ankündigung der beabsichtigten Anerkennung Mulei Hafids, wie es wohl in entstehenden Berichten und Besprechungen dargestellt worden ist. Sie ist weiter nichts als ein Vorschlag an die Signatarmächte der Algecirasakte, denen es natürlich vorbehalten bleibt, sich über einen gemeinschaftlichen Beschluß zu einigen. Solchen Vorschlag zu machen ist das gute Recht Deutschlands, so wie es ja auch jeder andern Macht, die die Algecirasakte unterzeichnet hat, freisteht, auf der Grundlage dieses Vertrags Anregungen zu geben und innerhalb der internationalen Abmachungen ihre Interessen wahrzunehmen. Allerdings ist die Wahrnehmung dieses Rechts in einem entscheidenden Moment sehr geeignet, die Absichten zu durchkreuzen, die vielleicht eine Signatarmacht hegt, um sich eine Sonderstellung in der ganzen Frage zu sichern. Das Aufbegehren der französischen Presse in dem Augenblick, wo Deutschland von einem selbstverständlichen Recht in der Marokkofrage Gebrauch macht, ist deshalb eine große Unklugheit und ein Zeichen schlechten Gewissens. Man könnte es als ein Eingeständnis nehmen, daß Frankreich an vertragswidrige Schritte in Marokko gedacht hat, um sich eine Stellung zu sichern, die ihm nach der Algecirasakte nicht zukommt. Es ist aber durchaus nicht die alleinige Absicht der deutschen Note gewesen, dies etwa festzustellen und das Vorhaben Frankreichs,

daß die Frage der Anerkennung Mulei Hafids als angeblicher Mandatar Europas im Namen der übrigen Mächte regeln zu wollen schien, zu durchkreuzen, sondern der Schritt ist unternommen worden, weil die Interessen der deutschen Reichsangehörigen in Marokko ihn forderten. Diese Interessen litten unsäglich durch die unregelmäßigen Zustände, und das allein war Grund genug für die deutsche Regierung, die Entscheidung im Thronstreit als Anlaß zu benutzen, um durch die Anerkennung des siegreichen Sultans wenigstens den Versuch zu einer Beschleunigung der Beruhigung des Landes zu machen. Es ist ungewöhnlich naiv, wenn in ausländischen Pressestimmen der deutschen Regierung zugemutet wird, sie solle um der französischen Marokkopläne willen alles unterlassen, was den für die deutschen Interessen erwünschten Landfrieden in Marokko fördern könnte.

Einige Kritiker des deutschen Vorgehens haben nun den Zeitpunkt bemängelt, in dem Deutschland seinen Schritt unternommen hat. Nachdem die deutsche Regierung mit vollkommener Ruhe der bisherigen französischen Politik in Marokko zugeesehen hatte, meinten sie, es solle wirklich den Franzosen ganz und gar überlassen werden, als Mandatare der europäischen Mächte im schertischen Reich zu schalten. Man sah in der deutschen Note eine jener „Plöpslichkeiten“, die man der Führung der deutschen Politik jetzt gern zum Vorwurf macht, und meinte verdrießlich, nun habe man solange Zeit nichts getan, da hätte man auch noch länger warten können. Es sei unklug gewesen, jetzt ohne Not die Verstimmung anderer Mächte hervorzurufen. Das ist eine merkwürdige Auffassung. Solange der Thronstreit in Marokko noch nicht entschieden war, mußte Deutschland gewärtig sein, daß jede Erklärung, die es zugunsten Mulei Hafids abgab, als eine Unfreundlichkeit gegen Frankreich gedeutet wurde. Denn Frankreich hielt daran fest, daß Abdul Asis der rechtmäßige Sultan sei, der die Algecirasakte unterschrieben habe, und konnte von seinem Standpunkt aus behaupten, daß die Unterstützung eines Prätendenten die Unruhmächtige ermutigen müsse, von denen Frankreich zur Wahrung seiner Waffenehre Genugthuung fordern müsse. Daß aber Deutschland seinerseits gleichfalls Abdul Asis unterstützte, war angesichts der in Marokko herrschenden Stimmung unmöglich, wenn Deutschland überhaupt seine legitimen Handelsinteressen in einem unabhängigen Marokko noch wahren wollte. Daher hatte es seine volle sachliche Berechtigung, daß Deutschland seinen Wunsch, Frankreich jedes mögliche Entgegenkommen zu beweisen, durch die strengste Neutralität ausdrückte, solange die Beruhigung des Landes wegen der noch schwebenden Entscheidung des Thronstreits ohnehin unmöglich war. Durch die nun gefallene Entscheidung aber schwand jeder Grund, den deutschen Reichsangehörigen in Marokko die moralische Unterstützung vorzuenthalten, die ihnen durch die Anerkennung der siegreichen Regierungsgewalt in Marokko gewährt werden konnte. Dieser Schritt konnte uns auch von Frankreich nicht verdacht werden, wenn seine Politik wirklich den Erklärungen entsprach, die durch die diplomatischen Vertretungen Frankreichs und außerdem öffentlich in der französischen Volksvertretung von den Ministern wiederholt abgegeben worden waren. Zum mindesten durften doch die Franzosen selbst uns nicht tadeln, wenn wir die Erklärungen ihrer eignen Vertreter für ehrlich hielten und danach handelten. Nach der tatsächlichen Beendigung des Thronstreits konnte aber Deutschland auch gar nicht anders handeln, ohne zuzugeben, daß Frankreich ein Vorzugsrecht habe, im Namen Europas darüber zu entscheiden, ob die Beruhigung des Landes naheliegender sei oder nicht. Die deutsche Politik hat also durchaus folgerichtig gehandelt, wenn sie sich zuerst dem französischen Vorgehen gegenüber solange als möglich neutral und passiv verhielt, aus dem tatsächlichen Erfolge Mulei Hafids aber den Anlaß nahm, die ihr nach der Algecirasakte zustehenden, unbestrittenen Rechte im Sinne der eignen Interessen unbedenklich geltend zu machen.

Man darf übrigens wohl annehmen, daß die französische Regierung von der Haltung ihrer Presse nicht sehr erbaut ist. Die kopflose und unkluge Entrüstung, die bei dem unerwarteten und doch so natürlichen Schritt der deutschen Regierung zum Vorschein kam, werden sich gewiegte Staatsmänner schwerlich zu eigen machen, und ein Mann wie Herr Pichon wird den Vorteil erkennen, wenn Frankreich auf dem Wege der Verständigung einen Ausweg aus den nächsten Unannehmlichkeiten gewinnt, anstatt schon jetzt die Dinge auf die Spitze zu treiben.

In unsrer innern Politik spitzt sich das Interesse immer mehr auf die Frage der Reichsfinanzreform zu, und man darf wohl sagen, daß die Überzeugung, es müsse jetzt einmal ganze Arbeit gemacht werden, in allen Parteilagern immer mehr Boden gewinnt. Auch darin ist sichtlich eine Klärung eingetreten, daß diese wichtige Frage, wenn sie auch von jeder Partei möglichst nach ihren eignen Grundsätzen und Überzeugungen zu lösen versucht wird, doch nicht mit andern Parteiinteressen verquickt werden darf. Die Aufforderung, die eine Zeit lang mehr oder weniger laut in den Vordergrund geschoben wurde, nämlich der Gedanke, die Reichsfinanzreform zum Gegenstand eines politischen Ruhhandels zu machen, wird jetzt nur noch zaghaft verteidigt, wo man erkannt hat, daß die Zukunft des Liberalismus von seiner positiven Mitarbeit an den großen nationalen Aufgaben abhängt. Lebhafter vertreten wird der Gedanke des Ruhhandels nur noch im Lager der liberalen Blockfeinde, die auf dem Parteiprinzip als Selbstzweck bestehen, wie Schylock auf seinem Schein. Freilich sind es Symptome, die einstweilen noch keine sichere Gewähr für das Gelingen des großen Werkes geben. Denn noch ist der Inhalt der Reform nicht der öffentlichen Kritik preisgegeben. Was aber bisher von einzelnen Besteuerungsplänen bekannt geworden ist oder nach der ganzen Sachlage als voraussichtlicher Bestandteil des Reformwerks vermutet werden kann, das ist in der Parteipresse im allgemeinen nach demselben Schema behandelt worden, das wir bei uns zur Genüge kennen. Jeder findet, daß alle Steuerforderungen durchaus notwendig sind, nur gerade die nicht, die den Interessentenkreis treffen, dem er selbst angehört oder nahesteht. Die Gefahr, daß die Reform wieder an denselben Hindernissen scheitern könnte wie früher, ist also noch immer nicht ganz gebannt. Wir sind aber wenigstens darin einen Schritt weiter, daß die einsichtigen Liberalen doch die Notwendigkeit zugeben, daß die stärkere Heranziehung des Massenverbrauchs, soweit er nicht die notwendigen Lebensmittel betrifft, zur Besteuerung mindestens einen Teil der Reichsfinanzreform bildet. Hoffentlich beweist der Reichstag nun auch die nötige Festigkeit gegen den Ansturm der Interessenten, der wie in allen frühern Fällen nicht ausbleiben wird.

In der Sozialdemokratie tobt der heftige Zwist wegen der Budgetbewilligung weiter. Es scheint beinahe, als ob die „Genossen“ kurz vor ihrem Parteitage diese angenehme Motion notwendig brauchen, um die Erwartungen etwas höher zu spannen. Was seit unsrer letzten Besprechung dieser Vorgänge in dem heftig geführten Meinungsstreit zutage gekommen ist, hat uns nicht in der Auffassung zu erschüttern vermocht, daß die bürgerlichen Parteien keine Ursache haben, diesen Zwistigkeiten besondere Bedeutung beizulegen, wenngleich die Führer der Gewerkschaftsbewegung diesmal etwas ernsthafter als sonst davon gesprochen haben, daß der Riß nicht mehr zu verkleistern sei. Das ist eine gelegentliche Äußerung des Unmuts, eine Befürchtung, die sich unter dem Eindruck bestimmter Umstände einmal auf die Lippen einiger Führer gedrängt hat. Man wird es aber nicht wieder soweit kommen lassen wie einst in Dresden. In Nürnberg wird das nötige Öl auf die erregten Wogen gegossen werden; die urteilslosen Massen, die sich nicht von dem Nachdenken über Tatsachen, sondern von der dunkeln Empfindung der Interessensolidarität leiten lassen, werden wieder hinter den alten Führern hertrotten,

die für ihre Paschawirtschaft und Gefinnungstyrannie keine Befürchtungen zu hegen brauchen, und dann werden die Gerolde der Partei die unerschütterliche Einigkeit des Proletariats in alle Winde hinausrufen und im Namen dieser Einigkeit die bürgerlichen Propheten verhöhnen, die auf den alten Trick einmal wieder hineingefallen sind. Gewiß sollen wir alle diese Dinge aufmerksam verfolgen und studieren, um in das Wesen dieser Bewegung immer tiefer einzudringen und daraus auf die rechten Abwehrmaßregeln zu kommen, mit deren Hilfe wir die moderne Arbeiterschaft allmählich wieder zu einem organischen Gliede der modernen Gesellschaft machen können. Aber die Illusion, als ob sich die Sozialdemokratie ohne die ernste soziale Arbeit der bürgerlichen Kreise an ihrem eignen Wider sinn zugrunde richten würde, könnten wir nachgerade fahren lassen.

Es war diesmal eigentlich nicht unsre Absicht, auf den Fall Schücking noch einmal zurückzukommen, der jetzt nach der politischen Seite hin genügend erschöpft sein dürfte. Aber die Deutsche Tageszeitung ist durch die Besprechung in unserm letzten Reichs spiegel so sehr in Aufregung versetzt worden und hat so lebhaft nach dem Prosoß — in Gestalt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — gerufen, daß wir doch noch ein paar Worte darüber sagen müssen, um nicht den Anschein zu erwecken, als duckten wir uns wegen schlechten Gewissens. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung soll nach dem Wunsche der Deutschen Tageszeitung bescheinigen, daß unser Artikel eine „Privatarbeit“ war. Aber warum denn andre Leute bemühen? Diese Bescheinigung geben wir gern selber. Es gibt freilich verschiedene Arten von Privatarbeiten, und es kommt dabei auf die Unterlagen der ausgesprochenen Meinung an. Wir brauchen die Prüfung der Unterlagen nicht zu fürchten, auch wenn wir in niemandes Auftrage handeln und uns das Recht der eignen Meinung in jedem Falle vorbehalten. Soviel über den Versuch, uns mit dem gern mißbrauchten Worte „offiziös“ ins Bockshorn zu jagen! Was die Deutsche Tageszeitung vor allem so gewaltig erregt hat, ist unsre Ansicht von dem Wesen der Blockpolitik, und diese immerhin wichtige Frage veranlaßt uns hauptsächlich, auf den Streit einzugehen. Die Entgegnung des genannten Blatts auf diesen Punkt unsrer Ausführungen lautet:

„Die Blockpolitik ist weiter nichts als ein zeitweiliges Zusammenarbeiten der konservativen und liberalen Parteien, um die Fortführung einer nationalen Politik zu gewährleisten. Sie bedeutet durchaus nicht eine Abkehr von den alten Regierungsgrundsätzen, sondern nur eine Abkehr von der bisher innegehaltenen Regierungstaktik. Wer von der Blockpolitik erwartet und ihr zumutet, daß sie mit den alten, bewährten Grundsätzen, die der Grenzboten schreiber alte, abgewirtschaftete Methoden nennt, brechen solle, der sprengt den Block. Wo in aller Welt ist denn »offiziell verkündet« worden, daß die Blockpolitik bestimmt sei, die Meinungen frei gewähren zu lassen, auch wenn sie sich in einer Form äußern, die zugestandennermaßen für die Regierung als solche und viele Regierungsbeamte in hohem Maße beleidigend ist? Wir haben von einer offiziellen Verkündung dieser neuen, seltsamen Grundsätze nicht das mindeste gehört. Die Durchführung eines derartigen Grundsatzes würde auch durchaus nicht im Interesse der Staatsautorität liegen, sondern zum Ruine dieser Autorität führen.“

Darauf läßt sich vielerlei erwidern, aber wir wollen uns nicht wiederholen und unnötig ausspinnen, was wir früher oft genug auseinander gesetzt haben. Nur einige Punkte seien hervorgehoben.

Die Deutsche Tageszeitung unterscheidet Regierungsgrundsätze und Regierungstaktik und gibt zu, daß die Blockpolitik in der Tat eine Abkehr von der frühern Taktik bedeutet. Uns aber wirft sie vor, daß wir die alten Grundsätze „alte, ab-

gewirtschaftete Methoden" nennen. Mit Verlaub! Wir haben eben, wie ganz richtig hervorgehoben wird, von „Methoden“ gesprochen. Methoden sind aber nicht Grundsätze, sondern eben das, was die Deutsche Tageszeitung „Taktik“ nennt. Die Sache stimmt also nicht. Wer einen Gegner so scharf angreift, daß er, wie es im vorliegenden Falle geschieht, von „törichter Auffassung“ spricht, sollte vor allen Dingen selbst in der Darlegung der Streitpunkte genauer und klarer sein und deutlicher sagen, was er unter Blockpolitik versteht. Es möge uns also die Frage beantwortet werden, worin der Unterschied der heutigen Regierungstaktik von der frühern besteht, wenn die alte Art der politischen Beamten, sich ausschließlich für konservative Interessen einzusetzen und unbequeme Liberale durch Maßregelungen zu eliminieren, beibehalten werden soll. So naiv wird doch niemand sein, auch nur ein „zeitweiliges“ Zusammenarbeiten der konservativen und liberalen Parteien für möglich zu halten, wenn die Regierung die Erwartung, daß sie den kleinlichen und engherzigen Polizeigeist früherer Zeiten gegenüber unbequemen Meinungsäußerungen fallen lassen werde, als einen Bruch mit alten, bewährten Grundsätzen empfinden sollte.

Wir übergehen die Blößen, die sich die Deutsche Tageszeitung in einem andern Teil ihrer Entgegnung gibt, zum Beispiel die längst als unrichtig erwiesene Behauptung, daß der Regierungspräsident nur einer Weisung des Ministers gefolgt sei, ferner, daß es sich um „Beleidigungen“ der Regierung und vieler Regierungsbeamten gehandelt habe — gegen ein gerichtliches Einschreiten, wie es sich in solchem Falle gehört hätte, würde niemand etwas einzuwenden gehabt haben —, wir wollen nur noch etwas darüber bemerken, daß die Deutsche Tageszeitung von der Auffassung der Blockpolitik, wie wir sie formuliert haben, noch nie etwas gehört haben will. Deshalb lassen wir hier noch einige Stellen aus der Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow vom 30. November 1907 folgen. Darin hieß es:

„Das Zentrum bleibt zusammen, weil es sich immer wieder auf der mittlern Linie findet, wo auch einander ursprünglich fernstehende Richtungen sich in gemeinsamer Arbeit und Betätigung begegnen können. Die Blockparteien können, wie ich glaube, lange nebeneinander marschieren, wenn sie dasselbe tun.“ ... „Die Schwierigkeiten bestehen vor allem darin, daß es Parteien nicht leicht fällt, neue Straßen einzuschlagen, alte Wege zu verlassen, alte Traditionen aufzugeben, namentlich wenn es Traditionen des Streites und des Zankes sind, die uns Deutschen nun einmal besonders teuer sind.“ Im weiteren Verlaufe der Rede begründete der Reichskanzler die Einbringung des neuen Vereinsgesetzes unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der Blockpolitik: „Es soll die Vereinfachung ... des jetzt vielgestaltigen Rechtszustandes herbeigeführt werden unter Beseitigung von politzeitlichen Maßnahmen und unbequemen Hemmungen, für die nach meiner Ansicht in der Entwicklung moderner Staaten kein Bedürfnis und kein Raum mehr vorhanden ist.“ Und dann wiederum an einer andern Stelle: „Die Blockpolitik verlangt auf der einen Seite den Verzicht auf etwaige reaktionäre Anwandlungen, die mit konservativen Prinzipien nichts zu tun haben. Sie verlangt auf der andern Seite das Abkappen jener Blüten des Asphaltliberalismus, die in den Strahlen der sozialdemokratischen Sonne gedeihen, in dieser ungefunten Hitze aber bald verdorren. Ich glaube, daß solche Velleitäten gegenüber den praktischen Aufgaben des Tages nicht standhalten werden, es sei denn, daß alle Lehren der Geschichte vergebens sind, daß die Söhne immer wieder die Fehler und Dummheiten wiederholen müssen, die die Väter begangen haben.“ ... „Fürst Bismarck sagte mir einmal in einem Gespräch über die konservative Partei ... das geniale Wort: Agrarisch müssen die Konservativen bleiben; den tellurischen

Zug — so drückte sich Fürst Bismarck aus — dürfen die Konservativen nicht aufgeben; im übrigen müssen die Konservativen recht modern sein und weitherzig, wie sie es in England gewesen sind.“

So der Reichskanzler in seiner offiziellen Erläuterung der Blockpolitik. Wir überlassen es getroßt der Entscheidung jedes denkenden Lesers, der unsre Ausführungen im letzten Reichs-Spiegel gelesen hat, ob sie von den hier verkündeten Grundsätzen abweichen, und ob ein politischer Beamter in ihrem Sinne handelt, der die Taktlosigkeiten eines unbedeutenden Kommunalbeamten so beurteilt und behandelt, wie es im Fall Schücking geschehn ist.

Ein empfehlenswertes deutsches Wörterbuch. *) Nachdem vier starke Auflagen des Deutschen Wörterbuchs von Fr. L. N. Weigand jahrelang vergriffen und Exemplare der letzten Auflage, die nur ein unveränderter Abdruck der dritten, noch von Weigand selbst besorgten, gewesen, mit Mühe antiquarisch zu dem ungehörlich hohen Preise von 35 Mark zu beschaffen waren, tritt jetzt auf Grund sorgfältigster Vorbereitung eine vollständig umgearbeitete fünfte Auflage in die Öffentlichkeit. Um dem altbewährten Wörterbuch für die Zukunft den Ruf unbedingter Zuverlässigkeit und Mustergültigkeit zu erhalten, mußten die Ergebnisse der neuern Sprachforschung von berufenen Händen wirklicher Forscher für das Werk verwertet werden. Vor allem mußte das Etymologische, wodurch sich Weigand gleich anfangs vor allen Mitbewerbern hervorgetan hatte, nach den Anforderungen der neuern Wissenschaft erneuert werden. Die Wortforschung hat seit Weigand einen ungeahnten Aufschwung genommen, ebenso die Erforschung der verschiedenen deutschen Mundarten, sodaß sich jetzt die Zeitbestimmung des Auftretens der einzelnen Wörter, ihre geographische Verbreitung und ihre Bedeutungsentwicklung viel genauer als früher angeben läßt. Drei Leipziger Sprachforscher, Professor Dr. Karl von Bahder, Dr. Karl Kant und Professor Dr. Hermann Firt, haben die Neubearbeitung übernommen und erfolgreich fast zu Ende geführt. Die eigentliche Herausgabe ruht auf den starken Schultern von Hermann Firt. Der Gesamtumfang wird etwa 150 Druckbogen in Großlexikonformat betragen. Das Wörterbuch erscheint in zwölf Lieferungen zu je zwölf Bogen zum Preise von 1,60 Mark, sodaß der Bogen etwa 13 Pfennige, das ganze Werk etwa 19 Mark kostet. Nach den zurzeit vorliegenden beiden ersten Lieferungen verdient das Werk uneingeschränktes Lob und wärmste Empfehlung. Es ist das beste Wörterbuch der deutschen Sprache, das in mäßigem Umfange auf wissenschaftlicher Grundlage nicht nur den Sprachgelehrten, sondern auch jedem höher Gebildeten das Wissenswerte über den Wortschatz des Neuhochdeutschen und seine Geschichte bietet. Was Jakob Grimm vom großen Deutschen Wörterbuch vergebens erhofft hat, läßt sich hier mit leichter Mühe verwirklichen, daß „bei den Leuten die einfache Kost der heimischen Sprache Eingang findet“, und daß „das Wörterbuch zum Hausbedarf und mit Verlangen, oft mit Andacht gelesen wird“. Auch Frauen können an der Hand des neuen Weigand „ihr unverdorbenes Sprachgefühl üben“. Es ist erhebend, aus der Geschichte der einzelnen Wörter zu lernen, wie alle deutschen Stämme mitgearbeitet haben an der Begründung des Kunstwerks der neuhochdeutschen Schriftsprache, in der lange vor der politischen Einheit die geistige erreicht war.

Ul. Reifferscheid

*) Deutsches Wörterbuch von Fr. L. N. Weigand. Fünfte Auflage in der neuesten, für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Rechtschreibung. Nach des Verfassers Tode vollständig neu bearbeitet von Karl von Bahder, Hermann Firt, Karl Kant. Herausgegeben von Hermann Firt. 1. und 2. Lieferung. Verlag von Alfred Töpelmann, Gießen 1907/08. Der Subskriptionspreis von etwa 19 Mark für das in 12 Lieferungen von zusammen 150 Bogen vollständige Werk erlischt spätestens mit dem Erscheinen der letzten Lieferung.

